

Am Runden Tisch das Tal geflutet

WASSERSTROM. Stauseen in bisher unberührten Gebieten: Das hat der von Bundesrätin Sommaruga eingesetzte Runde Tisch beschlossen. Es war ein trickreicher Kampf.

FOTO: MARTIN RÜTSCHI/KEystone

Gornergletscher:
Unterhalb der Monte-Rosa-Hütte soll ein Stausee mehr Strom im Winter bringen.

TEXT: CATHERINE DUTTWEILER

Der Blick von der weltberühmten Monte-Rosa-Hütte raubt einem fast den Atem: der gigantische Gornergletscher, drittlängster Gletscher und die zweitgrösste Glazialfläche im Alpenraum, im Bundesinventar als Teil einer der wertvollsten Landschaften der Schweiz gelistet.

Doch der Energiekonzern Alpiq verniedlicht den Eiskoloss lieber als «Gornerli». Mit Absicht: Alpiq will zusammen mit Axpo, BKW und IWB am Fuss des Gletschers einen 285 Meter langen und 85 Meter hohen Staudamm hochziehen, für den sogenannten Mehrzweckspeicher Gornerli.

Der Plan hat jetzt mächtig Schub erhalten. Er figuriert als Schlüsselprojekt auf der Liste von 15 Staudämmen, auf die sich der «Runde Tisch Wasserkraft» unter Schirmherrin Simonetta Sommaruga im vergangenen Dezember geeinigt hat. Das Gornergletscher-Werk soll dereinst im Winter 650 Gigawattstunden produzieren; das ist ein Drittel der angestrebten zwei zusätzlichen Terawattstunden Wasserstrom, die bis 2040 klimaneutral produziert werden sollen.

Das Projekt im Wallis ist entscheidend für den Erfolg der Strategie. Die übrigen 14 Staudämme auf der Liste sollen nur zwischen 46 (Griessee) und 215 (Trift) Gigawattstunden beisteuern. Die neuen Dämme sollen mithelfen, den Energieengpass im Winter zu überbrücken, der nach dem Abschalten der Schweizer AKW entsteht – falls die Energiekonzerne weiterhin ihre Stromüberschüsse zu Höchstpreisen ins Ausland verkaufen, statt sie im Inland zu speichern (siehe Beobachter Nr. 2/2022).

Grosse Wasserkraftwerke sind für die Betreiber ein risikoloses Geschäft. Bei Neubauten übernimmt der Staat 60 Prozent der Investitionen; die Bergkantone erhalten Wasserzinsen von einer halben Milliarde Franken. Auch deshalb setzt das Wallis voll auf Wasserkraft und präsentiert sich neu als «Alpenbatterie» der Schweiz. Der Kanton würde am liebsten im Alleingang die zwei zusätzlichen Terawattstunden produzieren – und

dafür selbst einen Staudamm in der Nähe des Unesco-Welterbes Jungfrau-Aletsch bauen.

Mit ihren Plänen, so viel CO₂-freie Energie zu produzieren, bringt die Wasserkraftlobby die Schutzverbände und umweltfreundlichen Parteien in Nöte. Die werden nun als «Verhinderer» kritisiert (NZZ), die «die Energiewende torpedieren» («Blick») und «gegen grünen Strom» kämpften («Rundschau»).

«Die Wasserkraft wird in der Schweiz zu 95 Prozent ausgeschöpft, die Zitrone ist ausgepresst», sagt dagegen Raimund Rodewald. Er sass am Runden Tisch, bekämpft aber mit seiner Stiftung Landschaftsschutz den Gornerstaudamm und fordert Alternativen. Es brauche auch Lösungen für den Rückbau der Staudämme: «Was passiert, wenn die Stauseen wegen Gletscherschwund und Klimawandel nicht mehr rentabel betrieben werden können und austrocknen?»

Im Gegensatz zu anderen Organisationen, die das Schlussdokument des Runden Tisches zahnknirschend unterzeichneten, verweigerte Rodewald seine Unterschrift. Kritik gibt es auch von mehreren Organisationen, die seit Jahren gegen die Verbauung unberührter Alpentäler kämpfen – Aqua Viva, Triftkomitee, Greina-Stiftung, Mountain Wilderness und Grimselverein –, sie waren aber gar nicht erst eingeladen.

Jetzt zeigen Recherchen des Beobachters: Die Einigung mit den konzilianteren Schutzverbänden kam trickreich zustande. Bereits die Zusammensetzung des Runden Tisches war unausgewogen. Die Befürworter eines massiven Ausbaus waren in der Mehrheit: Fünf Kraftwerksvertreter sasssen vier von Schutzverbänden gegenüber, zwei der drei Kantonsvertreter kamen aus den Bergkantonen Wallis und Graubünden, die mehr als die Hälfte der Wasserzinsen kassieren.

Die Kniffe am Verhandlungstisch. Als die Gespräche unter Leitung von Sommarugas Chefbeamten nach einem Jahr stockten, übernahm im Sommer 2021 der frühere Chefunterhändler in Brüssel, Michael Ambühl. Der smarte Diplomat und ETH-Dozent rühmt sich in einem Youtube-Video, er könne den Erfolg von Verhandlungen mathematisch berechnen. Das klappte mit der EU nicht ganz. Am Runden Tisch in Bern hatte er leichteres Spiel: Sein Auftrag war klar, Spielregeln und Protokolle gab es nicht, und die Sitzungen wurden für vertraulich erklärt, so dass nichts an die Öffentlichkeit durchsickerte.

Ambühl verhandelte nur in einer kleinen Begleitgruppe. Wichtige Vorentscheide verlagerte er in eine noch kleinere Subgruppe. Sie tagte unzählige Male bis in die Nacht hinein, was künstlichen Zeitdruck erzeugte. Alles altbekannte Verhandlungstricks. Als die Bewertungen für zwei Dutzend Kraftwerksprojekte endlich vorlagen, wurden Details nicht mal gegenüber dem Runden Tisch offengelegt. Methodik und Punktvergabe sind bis heute unter Verschluss.

Ambühl berief sich jeweils auf den Auftrag der Bundesrätin. Ziel sei es, zusätzlich zwei Tera-



«Alle sind sich näher gekommen, alle mussten Kompromisse eingehen. Und am Schluss gab es viel Lob.»

Michael Ambühl, Verhandlungsleiter am Runden Tisch



«Die Wasserkraft wird in der Schweiz zu 95 Prozent ausgeschöpft. Die Zitrone ist ausgepresst.»

Raimund Rodewald, Stiftung für Landschaftsschutz

wattstunden Strom zu produzieren. Kantone und Umweltverbände hatten zunächst dagegen opponiert und wollten ohne Vorgaben prüfen, welche Projekte profitabel sind und sich umweltgerecht realisieren lassen. Doch mit Sommarugas Rückendeckung setzte sich Ambühl darüber hinweg. Im Sommer 2021 überlegten sich daher einige Vertreter von Kantonen und Schutzverbänden, den Tisch unter Getöse zu verlassen. Sie blieben, um Schlimmeres zu verhindern und den Biotopschutz zu stärken.

In letzter Minute geändert. Die Schlussklärung hat Ambühl allein formuliert und direkt an die Begleitgruppe geschickt. Und die nach rechnerischen Kriterien entwickelte 15er-Liste wurde in letzter Minute noch geändert: Um den Ausbau weiterer Staudämme nicht zu gefährden, strich man die unbestrittene Erhöhung der Grande-Dixence-Mauer aus der Liste. Die Kraftwerksbetreiber hatten sich durchgesetzt: Die Bevorzugung des Damms am Gornergletscher lässt ihnen mittelfristig die Option Ausbau der Grande Dixence offen. Umgekehrt wäre das nicht möglich gewesen. Einige Umweltverbände machten nur mit, weil sich mit einer grossen Mauer bis zu zehn kleine Dämme verhindern lassen.

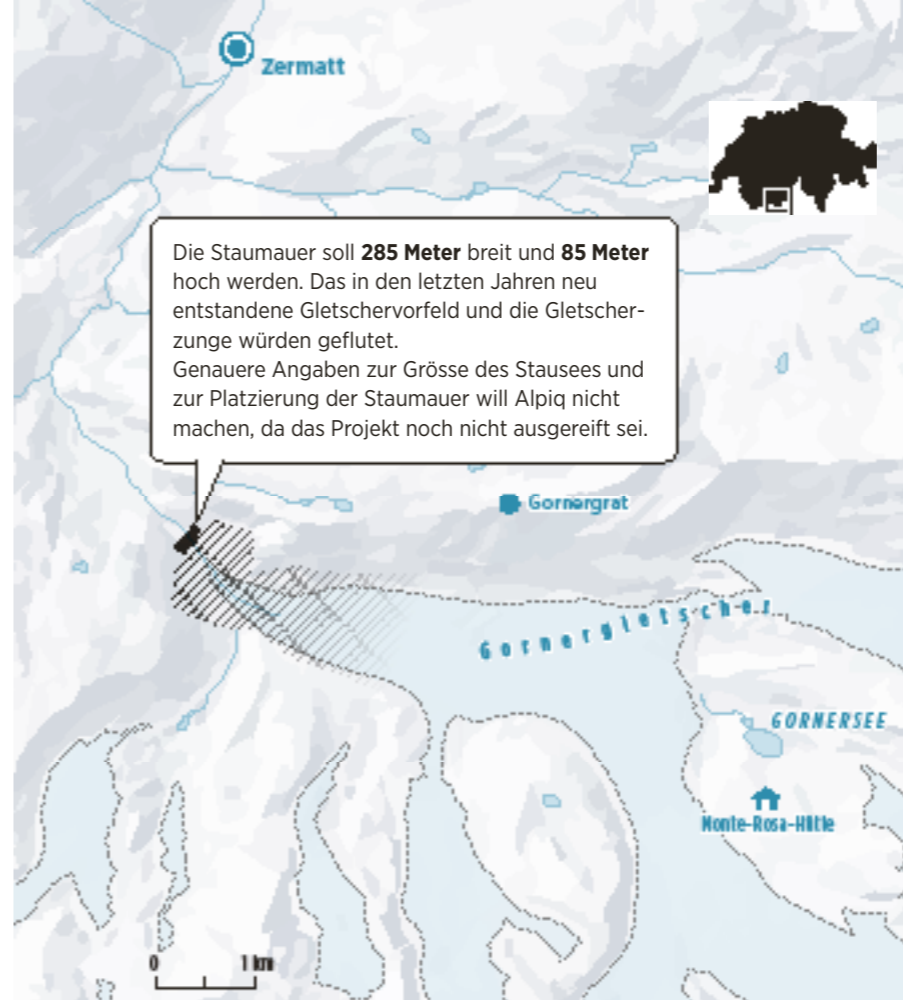
Als die Begleitgruppe die Schlussklärung abgesegnet hatte, erfolgte ein letzter Kniff: Das Generalsekretariat von Bundesrätin Sommaruga nahm substantielle Anpassungen vor, zu denen der Runde Tisch nur noch Ja oder Nein sagen konnte. Echte Partizipation geht anders.

Trotzdem wurde das Resultat als historischer Durchbruch gefeiert. Dass die Stiftung Landschaftsschutz die Unterschrift verweigerte, stand nicht in der Medienmitteilung.

Viele Beteiligte gaben umgehend ihre eigene Lesart bekannt. Die Wasserwirtschaft stellte klar, die Liste der 15 Staudammprojekte sei nicht abschliessend gemeint, und es brauche weitere Anlagen. Pro Natura, Fischereiverband und WWF meinten, dass sie den Ausbau der Wasserkraft nur befürworteten, falls die Biodiversität berücksichtigt werde. Der WWF erklärte, dass er sich im Einzelfall Einsprachen vorbehalte. Einige Verbände kritisierten, der Runde Tisch sei nur nötig geworden, weil sich das Bundesamt für Energie und das Bundesamt für Umwelt zerstritten hatten. «Eigentlich hat man uns in diesem Konflikt missbraucht», erklärte ein Beteiligter.

Verhandlungsleiter Michael Ambühl äussert sich gegenüber dem Beobachter zufrieden mit dem Ergebnis. «Alle sind sich näher gekommen, alle konnten sagen, was sie wollten, alle mussten Kompromisse eingehen – und am Schluss gab es viel Lob.» Ein unabhängiges Fazit nach fast zwei Jahren zäher Verhandlungen fällt kritischer aus. Man habe eine Lösung erzwungen, die niemand als bindend erachte. So seien weitere Prozesse bis vor Bundesgericht absehbar.

Wie es weitergeht, ist offen. Beim Bund stehen die Weichen schon seit Jahren auf Ausbau der Wasserkraft. Die Behörden wollen den Schutz



gefährdeter Landschaften und Pflanzen reduzieren – vor allem dort, wo Stauseen geplant sind.

Im Auftrag des Bundesamts für Umwelt waren von 1995 bis 1998 insgesamt 229 Potenzialgebiete von Fachleuten kartiert worden, 52 davon wurden als Gletschervorfelder von nationaler Bedeutung ins Aueninventar überführt (2017). Sie gelten als «Hotspots der Biodiversität», wo man live sehen könne, wie neue Wildnis entsteht. Gemäss Natur- und Heimatschutzgesetz müssten sie regelmässig überprüft und bei Bedarf geschützt werden, wie das bei Trockenwiesen oder Flachmooren laufend geschieht. Bei den Gletschervefeldern lief nach Angaben von Beteiligten in den letzten 25 Jahren aber nichts mehr. Trotz Klimawandel kam es nur zu zwei Ergänzungen.

«Erhöhter Schutzbedarf.» Am Runden Tisch rächte sich das. Wichtige Daten für faktenbasierte Entscheide fehlten. Pro Natura musste in die Bresche springen und beauftragte den bekannten Experten Peter Gsteiger mit einer Studie über Gletschervorfelder. Er ortet Handlungsbedarf – speziell bei der regelmässigen Überprüfung der Inventare. Laut Gsteigers Analyse weisen 13 Gebiete «erhöhten Schutzbedarf» auf. Zu den ersten vier Objekten auf seiner «Liste der prioritären Objekte» zählen ausgerechnet der Gorner- und der Triftgletscher, wo Staudämme geplant sind.

Warum hat das Umweltamt die Kartierung nicht fortgeführt? Es schreibt, die Studie über Gletschervorfelder sei 1999 abgeschlossen wor-

650
Gigawattstunden soll das geplante Stauwerk am Gornergletscher produzieren. Das ist ein Drittel des angestrebten Winterstroms bis 2040.

den. Merkwürdig ist nur: Letztes Jahr hat das Amt die Methodik zur Erhebung und Bewertung von Gletschervefeldern für künftige Kartierungen aufwendig aktualisieren lassen. Die systematische Revision des Inventars wurde aber sistiert. Mitarbeitende berichten, Studien über Gebiete mit Potenzial für Kraftwerksbauten seien «chancenlos», Gletscher wie Gorner und Trift handle man intern als «verloren».

Fachleute, die andere Ansichten zur Bedeutung der Gletschervorfelder vertreten, haben einen schweren Stand. Die Geografin und Botanikerin Mary Leibundgut etwa, die sich in den letzten 27 Jahren im Auftrag des Bundesamts für Umwelt mit Gletschervefeldern beschäftigt hat, sagt, sie sei offenbar in Ungnade gefallen, seit sie auf eigene Initiative in der Grimselregion kartiert und dazu beigetragen habe, dass das Ausbauprojekt letztes Jahr vom Bundesgericht gestoppt wurde. Sie will sich aber nicht einschüchtern lassen: «Ich leiste mir den Luxus, zu meinen Arbeiten zu stehen, und bin bereit, die Konsequenzen zu tragen.»

Ängste bei Beteiligten. Leibundgut ist eine von wenigen, die sich trauen, mit Namen hinzustehen. Über ein Dutzend weitere Personen waren nur zu Hintergrundinfos bereit. Die Kommunikationsprofis von Simonetta Sommaruga beantworteten Fragen zum Runden Tisch drei Wochen lang nur ausweichend, ein Antrag auf Offenlegung nach Öffentlichkeitsgesetz ist hängig.

Warum aber forciert ausgerechnet die einstige Konsumentinnen- und Umweltschützerin Simonetta Sommaruga die teure Wasserkraftindustrie ohne Rücksicht auf Verluste? Vertraute erklären, ihr stecke die Niederlage beim CO₂-Gesetz in den Knochen. Sie habe aus taktischen Gründen zuerst den Bau von Staudämmen lanciert, um die bürgerlichen Parteien und die Bergkantone für das revidierte Stromversorgungs- und Energiegesetz zu gewinnen.

Sommaruga geht nun in Interviews in die Offensive und fordert viel Fotovoltaik entlang von Autobahnen, eine Solarpflicht für Gebäude und Pflichtreserven für die Wasserkraft. Damit will sie bis 2050 insgesamt 39 zusätzliche Terawattstunden generieren. Energiespezialist Rudolf Rechsteiner, Autor von «Energiewende im Wartesaal», sieht noch mehr Potenzial durch Gaskraftwerke, gespeist mit CO₂-neutralem Biomethan, sowie durch Fotovoltaik an Lawinerverbauungen, Stauauern oder auf schwimmenden Inseln in bestehenden Stauseen.

Landschaftsschützer Raimund Rodewald fordert, dass überschüssiger Sommerstrom nicht mehr ins Ausland verkauft, sondern innovativ gespeichert wird, etwa über Umwandlung in Wasserstoff. Damit könne man monumentale Naturlandschaften wie den Gornergletscher retten. Auch Rudolf Rechsteiner findet: «Wir sollten die Energiewende mit zukunftsorientierten Technologien schaffen, statt die letzten Meter freier Flussverläufe mit Wasserkraft zu verbauen.» ■